

den ist, müssen wieder rechtmäßige Bedingungen geschaffen werden.

SPIEGEL: Also doch Rückgabe an die früheren Besitzer?

CHAMORRO: Nicht unbedingt. Es können zum Beispiel auch Entschädigungen zugesprochen werden.

SPIEGEL: Werden Sie die von den Sandinisten eingeleitete Landreform fortsetzen und weiterhin Boden aus Staatsbesitz an landlose Bauern verteilen? Und was wird mit den von der Revolutionsführung eingezogenen Ländereien geschehen, die seit Jahren brachliegen?

CHAMORRO: Wir werden keinem Bauern, der von den Sandinisten einen Acker erhalten hat, das Land wieder wegnehmen, und wir werden weiterhin Besitztitel an landlose Bauern vergeben. Die Agrarreform werden wir fortsetzen, aber nach unseren eigenen Vorstellungen. Dazu gehört auch, daß frühere Besitzer ihr jetzt brachliegendes Land zurückerhalten, wenn sie bereit sind, es zu bestellen.

SPIEGEL: Die Sandinisten haben einen großen Teil ihrer revolutionären Prinzipien in der Verfassung festgeschrieben. Für die Abschaffung der Wehrpflicht, die Umbenennung von Armee und Polizei müßten Sie die Verfassung ändern. Dazu fehlt Ihnen im Parlament die notwendige Mehrheit von 60 Prozent. Bleibt Ihre Regierung am Ende doch Gefangene des sandinistischen Systems?

CHAMORRO: Wir respektieren die Verfassung. Aber in einigen Punkten muß sie geändert werden. Die dafür notwendige Mehrheit werden wir uns von Fall zu Fall zusammensuchen müssen. Es fehlen uns nur wenige Stimmen, ich bin sicher, daß wir die in den Reihen der Opposition finden werden. Wir sind auch bereit, mit den Sandinisten über mögliche Kompromisse zu verhandeln. Wir wollen für das ganze Land regieren und nicht die Sandinisten mit der Nase in den Staub stoßen.

SPIEGEL: Was wollen Sie denn konkret in der Verfassung ändern?

CHAMORRO: Die Trennung von Staat und Partei muß sichergestellt werden. Dazu gehört, daß auch die Streit- und Sicherheitskräfte von der sandinistischen Partei gelöst werden.

SPIEGEL: Ihre Uno-Allianz besteht aus 14 zum Teil winzigen Parteien und reicht von den Kommunisten bis zu den Konservativen. Werden Sie dieses antisandinistische Zweckbündnis auf die Dauer zusammenhalten können?

CHAMORRO: Niemand in der Uno wird so töricht sein, den Wahlsieg zu verspielen, indem er die Geschlossenheit unserer Allianz gefährdet. Die Kabinettsliste ist erstellt, und es gab keine Konflikte. Das Gerede über angebliche

Rivalitäten in meiner Koalition ist eine Erfindung der sandinistischen Propaganda. Wenn ich nicht vorher sterbe, wird diese Regierung bis zum Ende ihrer sechsjährigen Amtszeit halten.

SPIEGEL: Die Uno wurde von den Sandinisten als Koalition im Dienst der USA beschimpft. Zeigt Ihr Wahlsieg, daß der Appell an solche antiamerikanischen Ressentiments in Nicaragua nicht mehr zieht?

CHAMORRO: Den Sandinisten gelang es nicht, die Anti-Yankee-Gefühle anzufachen. Die Mehrheit der Nicaraguaner wünscht freundschaftliche Beziehungen zu den USA, denn das bedeutet das Ende der Contra-Unterstützung, das Ende des Handelsembargos und die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe. Und die Wähler wußten, daß wir viel besser als die Sandinisten in der Lage sind, das Verhältnis zu Washington zu normalisieren.

SPIEGEL: Der Wahlsieg der Uno wird als Rückschlag für die Linke und die revolutionäre Ideologie in ganz Mittelamerika angesehen. Geht die Zeit der bewaffneten Revolutionen in dieser Region endgültig zu Ende?

CHAMORRO: Der Fall der Berliner Mauer muß doch auch bei uns den Marxisten-Leninisten die Augen geöffnet haben. Wenn der ganze Ostblock vom Marxismus abbrückt, warum sollte er dann hier eingeführt werden? Das Virus der Demokratie wird sich in ganz Mittelamerika verbreiten. Wenn unser Wahlsieg dazu beiträgt, um so besser. Die Guerrilleros werden begreifen müssen, daß die Verhältnisse nicht mit Gewalt geändert werden können. Gewalt erzeugt nur Gegengewalt und neue Unterdrückung.

Früher aufstehen

Mit dem neuen Präsidentenamt hat KP-Chef Gorbatschow weitreichende Vollmachten für sich durchgesetzt. Notstandsregelungen ermöglichen die Alleinherrschaft.

Das Mitbringsel des Pfälzers Helmut Kohl war sicher gut gemeint: Bei seinem jüngsten Moskau-Besuch schenkte er für 220 Millionen DM jedem Sowjetbürger Lebensmittel im Wert von fast einer Mark – Trockenmilch, Butter und Fleisch.

Die Gabe wird die Konsumenten jedoch erst in drei oder vier Monaten erreichen, der Sowjetunion fehlt es an Transportmöglichkeiten. Selbst wenn Eisenbahnwaggons einsatzbereit sind, ist „nirgendwo die rechtzeitige Entladung garantiert“, so Michail Gorbatschow, der Vorsitzende, vor dem Obersten Sowjet.

In wichtigen Branchen sinkt die Produktion, offiziell gibt es acht Millionen Arbeitslose. Die Versorgung – die meisten Grundnahrungsmittel sind schon rationiert – steht vor dem Zusammenbruch, derweil zerfällt die Union: In Litauen gewann die Unabhängigkeitsbewegung die Wahlen.

Demonstranten zuhauf in vielen Städten, hunderttausend waren es trotz massiver Einschüchterung und Drohungen mit Polizeigewalt am vorletzten Sonntag in Moskau. Spruchbänder: „Keine Diktatur Gorbatschows“.

Am Sonntag wurde in Rußland, der Ukraine und Belorußland gewählt, in



Staatschef Gorbatschow: „Ordnung wiederherstellen“

zwei Wochen folgen Estland und Lettland, dann Georgien und Kasachstan – mit schwachen Chancen für die Staatspartei, obwohl die den Druck von Flugblättern, Wahlplakaten oder Zeitungen parteiloser Kandidaten weithin unterdrückt hat.

Naht nach dem Stillstand der Perestrojka die Katastrophe? Gorbatschows rechte Genossen rufen nach Ordnung und „harter Hand“, die Linken nach mehr Demokratie und Markt. Der Reformier in der Mitte, den linken Zielen zugeneigt, entschloß sich für die unzeitgemäße Methode der Rechten: Durchgreifen.

Da hat er womöglich das autoritätsgläubige Volk auf seiner Seite, das eine politische Selbstbestimmung in seiner Geschichte nie erlebt hat. Mit einem Überraschungscoup läßt er sich jetzt schier diktatorische Vollmacht verleihen.

„Wozu brauchen wir noch mehr Zeit? Sollen wir noch länger diskutieren?“ erregte sich Gorbatschow. „Wir brauchen einen Mechanismus, um die Ordnung wiederherzustellen.“

Den fanden die Sowjetabgeordneten am vorigen Dienstag auf ihren Pulten vor, in Gestalt eines Gesetzentwurfs: alle Macht dem künftigen Präsidenten der Sowjetunion.

Der soll vom Volk auf fünf Jahre gewählt werden – außer dem ersten Anwärter. Ihn bestimmt in der nächsten Woche der Volkskongreß, der dem Obersten Sowjet übergeordnet ist: Michail Sergejewitsch Gorbatschow, 59, dessen Autorität im Lande sinkt und der sich noch nie einer Volkswahl gestellt hat, auch nicht als Volksdeputierter.

Der neue Machthaber soll weitgehende Befugnisse erhalten: Er schlägt den Ministerpräsidenten vor und bei Bedarf auch dessen Absetzung. Er beruft und entläßt „mit angemessener Billigung des Obersten Sowjet“ die Minister. Er ernennt die Botschafter und unterschreibt die internationalen Verträge.

Tagt der Oberste Sowjet nicht, erläßt der neue Präsident nach russischem Brauch Dekrete mit Gesetzeskraft. Gegen parlamentarisch zustandgekommene Gesetze kann er sein Veto einlegen und bei anhaltendem Widerspruch der Legislative einen Volksentscheid veranlassen. Verletzt er die Verfassung, kann der Volkskongreß ihn aberufen – wenn die Abgeordneten dazu noch in der Lage sind. Denn der Präsident darf seinerseits die Auflösung des Obersten Sowjet beantragen.

Er ist es, der einen Krieg erklärt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist er sowieso. Wenn alle Stränge reißen, kann er mit dem seit der Staatsgründung bewährten Ausnahmezustand regieren, für den die Sowjetabgeordneten einen weiteren Gesetzentwurf vorfanden.

Der Präsident allein darf demnach alles verbieten, was die Ordnung stört –



Fleischverkauf in Taschkent: In vier Monaten eine Gabe aus Bonn



Opfer der Militäraktion in Baku: „Die Armee muß ihre Sache tun“

Streiks, Demonstrationen, Versammlungen, Organisationen, Zeitungen, den freien Ausgang der Bürger.

Er kann auch Gesetze unbotmäßiger Unionsrepubliken aufheben, deren Regierungen absetzen, ihre Parlamente nach Hause schicken und die Bundesstaaten selbst verwalten. Die Union wäre so vielleicht zu retten, der Föderalismus nicht.

Der Ausnahmezustand ermöglicht auch, widerspenstige Bürger ohne Verfahren 30 Tage zu inhaftieren. Einer neuen Profi-Truppe wird erlaubt, auf jeden unbefugten Waffenträger ohne Warnung zu schießen.

Zwar können die Notstandsregelungen nur „zeitlich befristet“ erlassen werden, doch das Gesetzesmonster ruft die Erinnerung an dunkle Zeiten wach, auch an das Gorbatschow-Vorbild Lenin, der 1917 die Pressefreiheit suspendiert hatte, bis sich „die Neuordnung gefestigt“ habe – bis heute.

Linke Abgeordnete äußerten Mißtrauen. „Alle unsere Entscheidungen können vom Präsidenten aufgehoben werden“, warnte der populäre Leningrader Abgeordnete Anatolij Sobtschak. Gorbatschow-Anhänger argumentierten mit den Vorbildern für eine starke Präsidentschaft in den USA und in Frankreich – obschon die Gegengewichte konkurrierender Parteien, unabhängiger Gerichte, einer freien Presse, selbständiger Gewerkschaften und überhaupt einer verwurzelten demokratischen Tradition in Rußland fehlen.

Gorbatschow selbst, der sich gegenüber den Versuchen der Macht offenbar für gefeit hält, rechtfertigte die Ausstattung des neuen Präsidentenamts mit der Notwendigkeit, die Macht von der Partei auf den Staat zu verlagern – aber eben auf sich selbst.

Einige Abgeordnete waren durchaus bereit, dem Urheber der Perestrojka soviel Kompetenzen einzuräumen, nicht

HEYNE
BÜCHER

NEUE HEYNE TASCHENBÜCHER



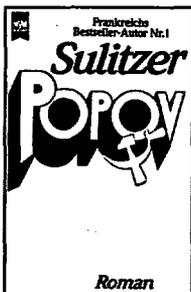
01/7985 - DM 8,80



01/7986 - DM 7,80



01/7982 - DM 12,80



01/7973 - DM 8,80



01/7949 - DM 9,80



01/7961 - DM 7,80



06/4650 - DM 12,-



01/7992 - DM 9,80



12/189 - DM 19,80



12/186 - DM 19,80

Wilhelm Heyne Verlag München

aber einem möglichen Nachfolger, etwa einem Präsidenten Jegor Ligatschow, dem Anführer der Konservativen, und auch nicht dem linken Populisten Boris Jelzin.

Der Abgeordnete Sergej Stankewitsch wandte ein: „Aus der Geschichte unseres Landes wissen wir alle, wie gefährlich die Konzentration und Superkonzentration der Macht und Autorität in einer Hand ist.“ Sein Kollege Jurij Afanasjew beschwor die Gefahr des „Totalitarismus“.

Die Machtfülle könne Gorbatschows Autorität auch schwächen, gab der Agrarwissenschaftler Alexej Jemeljanow zu bedenken: „Das müssen wir fürchten.“

Die Einwände zählten nicht. Gorbatschow versuchte, sie mit einem Scherz zu beseitigen: „Wir reden über Verfassungsänderungen. Was hat Gorbatschow damit zu tun?“ Und: „Ich weiß nicht, ob ich unter den Kandidaten bin.“

Aufkommendes Gelächter stampfte er mit geballter Faust gleich wieder ein: „Regen Sie sich doch nicht auf“; die Idee zu desertieren habe er schon wieder verworfen. In seiner Lage wäre das gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, ein Feigling zu sein – und auf „schwache Nerven“ dürfe bei ihm niemand spekulieren.

Das Parteiorgan *Prawda* unterstützte Gorbatschows Gesetzentwurf: „Wir müssen unsere Perestroika verteidigen ... In unserem leidgeprüften Vaterland kann man nicht mit zärtlichen Revolutionen rechnen.“

Aber auch nicht mit einem sanften Diktator. Zum Beweis der Notwendigkeit einer Zentralisierung der Macht in einer Hand führte Gorbatschow die Militäraktion gegen Baku (139 Tote) an, die er am 19. Januar, weil dort ein Putsch gedroht habe, selbst in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Obersten Sowjet angeordnet hatte.

Tatsächlich kam aber inzwischen heraus, daß hohe Parteifunktionäre von Aserbaidschan die Extremisten in Baku zu radikal-islamischen Parolen ermunterten hatten, auch zum Sturm auf die Armenier-Wohnungen und zur Selbstbewaffnung.

Gorbatschows Verhältnis zur Gewaltanwendung wie zum Umgang mit dem Parlament zeigt der Fall Tiflis: Dort hatten Soldaten im April 19 Demonstranten mit Spaten und Gas getötet. Wer hatte den Befehl gegeben?

Gorbatschow sagte am 25. Mai dem Volksdeputiertenkongreß, er sei erst nach dem Vorfall informiert worden, aber: „Die Armee muß ihre Sache tun.“ Erst am Tag zuvor sei er von einer Auslandsreise zurückgekehrt. Tatsächlich kam er schon zwei Tage vorher zurück.

Noch auf dem Flughafen, so sagte kürzlich Ligatschow, billigte das Politbüro samt Gorbatschow den Truppeneinsatz. Laut Politbüro-Mitglied Eduard

Schwardnadse aber war das gar keine Sitzung, Gorbatschow erfuhr nur von dem Einsatzbefehl und riet zu einem politischen Dialog.

So weit hat sich von rechts nach links die Angst vor Chaos, Anarchie und allgemeiner Auflösung verdichtet, daß sich nun der Anstifter des beschleunigten Wandels erfolgreich als Mann der Ordnung empfehlen konnte. Nach nur einem Debatten-Tag brachte er das Gesetz so glatt und souverän über die parlamentarische Bühne, daß manchen Deputierten während der Diskussion dämmerte, sie bestätigten Gorbatschow nur formal eine Macht, die er ohnehin längst besitzt – kraft Charisma.

Er hatte es eilig. Die Rednerliste zum Für und Wider der begehrten Vollmachten war noch lang, da räusperte sich die Nummer eins und fragte harmlos: „Wie ist es, beenden wir die Diskussion?“ Die meisten Abgeordneten, an vordemokratische Verhältnisse gewöhnt, verstanden den Wink vom Präsidiumstisch richtig und schlossen die Debatte.

Gorbatschow zog selbst das Resümee: Wer auf die Straße gehe und dort erzähle, die Präsidialverfassung sei „ein Schritt auf dem Weg in die Diktatur“, während er dieselben Vollmachten des US-Präsidenten als musterhaft anpreise, wolle nur „dem Volk Angst einjagen“. Und wer wie der Leningrader Abgeordnete Jurij Boldyrew, 30, Argwohn äußere, hier gehe es um ein für Gorbatschow maßgeschneidertes Macht-Gewand, mache sich „unglaublich“ und ver falle in „billige Demagogie“.

Der Kreml-Chef beschwor die Gefahr eines Umsturzes durch seine Gegner: Da wollten sich welche „des Schiffes bemächtigen“ und die „jetzige Mannschaft auswechseln“. Jeder durfte sich angesprochen fühlen, jeder sich auch anschließen ans „Wir“ des nächsten Satzes: „Aber wir sehen das und dürfen es nicht zulassen.“

Die 347 konservativen Abgeordneten folgten den Vorschlägen Gorbatschows, 24 Linke stimmten gegen das Präsidentenschaftsgesetz, 43 enthielten sich und 128 nahmen nicht teil, wie Balten und Georgier, oder waren gar nicht erst erschienen. Nächste Woche können die Volksdeputierten – jeder dritte ist nicht frei gewählt, sondern bestimmt wie der Deputierte Gorbatschow – den neuen Präsidenten küren und sich selbst entmachten.

Als die Abgeordneten am Abend in ihr dem Kreml gegenüberliegendes Hotel zurückkehrten, hatte sie der vom Rundfunk informierte russische Volksmund bereits eingeholt: „Michail Sergejewitsch hat wieder einmal seinen Kopf durchgesetzt“, rief ein junger Soldat einer Gruppe von liberalen Parlamentariern zu. „Um den zu schlagen, müßt ihr früher aufstehen.“